

Vom Recht auf Erwerbsarbeit

zum Recht auf Existenz

10 Fragen zum
Bedingungslosen Grundeinkommen

Diskussionspapier der IG BAU Frauen

Das Sorgen für sich und andere - einschließlich zukünftiger Generationen - sowie für die natürliche Mitwelt ist unabdingbar für eine lebenswerte Zukunft. Die IG BAU Frauen setzen sich ein für eine Politik, die sich nicht an Wettbewerb, grenzenlosem Wachstum und Profit für wenige orientiert, sondern das Gemeinwohl und das Ziel eines guten Lebens für alle in den Mittelpunkt ihres Handelns stellt. Im Zeitalter der Digitalisierung ist Vollbeschäftigung nicht zu erwarten. Immer mehr Menschen sind von der Wohlstandsentwicklung abgekoppelt. Ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) könnte ein wichtiger Teil der Lösung sein.

Arbeit bedeutet mehr als Erwerbsarbeit. Die Sorge- bzw. Care-Arbeit, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert, trägt ebenso wie ehrenamtliches Engagement wesentlich zum Funktionieren unserer Gesellschaft bei. Ein BGE könnte das gesamte Spektrum der Arbeit honorieren und soziale Sicherheit in allen Lebenslagen garantieren.





BGE – Was heißt das konkret?

Die IG BAU Frauen teilen die Definition des „Netzwerks Grundeinkommen“:

„Ein Grundeinkommen ist ein Einkommen, das eine politische Gemeinschaft bedingungslos jedem ihrer Mitglieder gewährt.

Es soll

- die Existenz sichern und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen,*
- einen individuellen Rechtsanspruch darstellen sowie*
- ohne Bedürftigkeitsprüfung und*
- ohne Zwang zu Arbeit oder anderen Gegenleistungen garantiert werden.“*

Es kann und soll die Sozialversicherungen nicht ersetzen und darf niemals eine „Sozialpauschale“ sein. So haben beispielsweise Behinderte oder Erwerbsunfähige einen Mehrbedarf.

Welche Vorteile hätte ein BGE?

Ein Grundeinkommen befreit finanzielle Sicherung aus der Abhängigkeit von Erwerbsarbeit. Es schafft dadurch Freiräume für unbezahlte Arbeit und eine individuelle Lebensgestaltung. Es kann Alters- und Kinderarmut, erzwungene Obdachlosigkeit, die Armutsgefährdung Alleinerziehender und die Existenzängste vieler Menschen auflösen.

Das BGE ist zu schützen durch begleitende Maßnahmen wie bezahlbaren Wohnraum, durch Mietpreisgrenzen und sozialen Wohnungsbau. Es kann nicht gepfändet werden.

Kommen dann nicht alle zu uns?

Die Initiativen für ein BGE sind nicht auf Deutschland begrenzt. Es gibt auch in anderen Ländern Bestrebungen sowie erste Projekte und Experimente, beispielsweise in Finnland oder in Utrecht in den Niederlanden. Langfristig ist das Ziel ein weltweites BGE. Unabhängig vom Asylrecht muss der Staat in unserem Land über ein Einwanderungsgesetz klare Regelungen schaffen.





Warum sollte ich dann noch arbeiten gehen?

Erwerbsarbeit ermöglicht ein höheres Einkommen. Sie kann den Lebenssinn erhöhen, Struktur geben, soziale Kontakte fördern, zur Selbstverwirklichung beitragen...

Der Lebensstandard ist über paritätische Sozialversicherungsbeiträge und weitere betriebliche Leistungen zu sichern. Die Renten- wie auch die Krankenversicherung sind in echte Bürgerversicherungen umzuwandeln. Das fordert die IG BAU schon lange.



Brauchen wir dann noch Gewerkschaften und Tarifverträge?

So lange es abhängig Beschäftigte gibt, müssen sie sich gewerkschaftlich organisieren, um ihre Interessen gemeinsam zu vertreten. Ein BGE könnte ihre Verhandlungsmacht stärken. Niemand wäre mehr gezwungen, diese Arbeitsbedingungen zu akzeptieren.

Das Ziel der Profitmaximierung führt zu steigenden Anforderungen im Berufsleben und vielfach zu prekären Lebenslagen. Zunehmend sind Menschen nicht (mehr) in der Lage, angemessen für sich und andere zu sorgen. Ein BGE könnte ein wichtiges Instrument gegen die wachsende Beschleunigung und Zeitnot sein.

Wer macht dann noch unangenehme Arbeit?

Sie muss deutlich besser entlohnt werden als bislang. Zudem ist es unterschiedlich, was Menschen als unangenehm empfinden. Entscheidender ist oft, ob sie ihre Arbeit als sinnvoll wahrnehmen.

Arbeiten dann Ausländer bei uns zum Billiglohn?

In unserem Land müssen für alle die gleichen Arbeitsstandards und Löhne gelten. Die IG BAU fordert: „Gleichen Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort!“ Mindestlöhne müssen über dem Grundeinkommen liegen. Das BGE darf keine staatliche Subvention von Billiglöhnen sein.

Der Staat muss in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften Ausbeutung verhindern, effektiv kontrollieren und schmerzhaft sanktionieren.



Fallen dann nicht Arbeitsplätze in der Verwaltung weg?

Ja, aber es gibt genügend sinnvolle Aufgaben, beispielsweise in der Kontrolle von Schwarzarbeit oder der Einhaltung von Mindestlöhnen. Derzeit werden viele öffentliche Aufgaben nur unzureichend wahrgenommen.

Insgesamt fordern die IG BAU Frauen eine Verteilung der Erwerbsarbeit auf mehr Schultern durch eine generelle Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 30 Stunden bei vollem Lohnausgleich. In Verbindung mit einem Grundeinkommen ergeben sich daraus bessere Chancen einer guten Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie einer partnerschaftlichen Teilung der bezahlten und der unbezahlten Arbeit.





Wandern dann die Firmen ins Ausland ab?

Unternehmen gehen dorthin, wo sie die größten Profite erwarten. Tätigkeiten für und mit Menschen lassen sich nicht so einfach verlagern. Regionale Kreisläufe im Agrarbereich und der Lebensmittelproduktion, nachhaltige Bewirtschaftung im Forst, Facility Management, bezahlbarer Wohnraum, Straßenbau, Sanierung und verbesserte Infrastruktur – es gibt genügend sinnvolle Tätigkeiten allein in den IG BAU Branchen. Ganz zu schweigen von Pflegenotstand, dringenden Aufgaben in der Bildung und Betreuung usw.

Ein BGE könnte Start-Up Unternehmen, Selbständigkeit, die Lebenssituation von Bauern oder genossenschaftliche Projekte erleichtern.



Wer soll das bezahlen?

Derzeit sichern nur vier von zehn Menschen ihren Lebensunterhalt aus der Erwerbsarbeit ab. Die übrigen leben ganz oder teilweise von staatlichen oder privaten Transferleistungen, beispielsweise Kinder, RentnerInnen, Minijobber oder Hartz IV Empfänger.

Die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums spaltet die Gesellschaft. In Deutschland besitzt das reichste Prozent rund ein Drittel des gesamten Vermögens. Auf der anderen Seite gehören Menschen, die betteln und leere Flaschen sammeln, zum Alltagsbild unserer Städte.

Ein BGE soll zu einer Rückverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten beitragen. Dazu gehören dann Maßnahmen wie die Schließung von Steuerschlupflöchern, Transparenz bei Gewinnen internationaler Konzerne sowie entsprechende Steuern auf sehr hohe Einkommen und Vermögen.

Fotos:
Steffen Weiss
Marisa Falasca

Gestaltung:
eisenkind



Herausgeberin:
IG Bauen-Agrar-Umwelt, VB IV
V.i.S.d.P. Sylvia Honsberg
Olof-Palme-Straße 19
60439 Frankfurt am Main
E-Mail : frauen@igbau.de
Tel: 0171-7423450